

WIE VIEL IDEOLOGIE VERTRÄGT DIE DEMOKRATIE? | VON ANDRÉ KRUSCHKE

Posted on 12. September 2023

Politische und rechtliche Gedanken in postdemokratischen Zeiten

Ein Standpunkt von André Kruschke.

Demokratien zeichnen sich dadurch aus, dass sie einen ständigen geistigen und politischen Wettbewerb ermöglichen, in dem sich gesellschaftliche Wertvorstellungen fortlaufend neu bilden können. In ihnen gibt es, anders als in totalitären Staaten, kein staatlich vorgegebenes Wertesystem, dem sich die Bevölkerung bedingungslos zu unterwerfen hat. Der demokratische Rechtsstaat sorgt insofern „nur“ für einen verlässlichen Rahmen, dessen Grenzen die Verfassung vorgibt und innerhalb derer sich die besten geistigen und politischen Lösungen finden können. Zwar nimmt der Staat durch seine im Grundsatz legitime Öffentlichkeitsarbeit stets auch einen steuernden Einfluss auf das gesamtgesellschaftliche Wertesystem. Das inhaltliche Ergebnis dieses Wettkampfes ist dabei jedoch offen, weil zu dessen Beginn nie klar ist, welche – grundsätzlich gleichberechtigte – Ansicht sich durchsetzen wird. Diesen so ausgetragenen Meinungskampf um unterschiedliche Weltanschauungen, der keine für jeden Bürger verbindliche Gesellschafts- und Staatsideologie vorschreibt, nennt man Pluralismus. Dieser bildet das Fundament für die freiheitliche Rechtsordnung im Ganzen, in der die unterschiedlichen weltanschaulichen, politischen und geistigen Überzeugungen um die Vorherrschaft ringen können mit dem Ziel, größtmögliche geistige Freiräume für den individuellen Bürger zu schaffen. Folge ist ein systembedingt angelegter, permanenter „Kampf um das Recht“, der Ausgangspunkt des gesamtstaatlichen Handelns (Gesetzgebung, Exekutive, Justiz) ist.

Soweit die Theorie. Wendet man den Blick auf das durch grüne Ideologen (unabhängig von der Parteizugehörigkeit) regierte Deutschland, fällt zweierlei auf: Zum einen wird die Geltung des Rechts zunehmend bewusst und gewollt partei- und gesellschaftspolitischen (Wahn-)Vorstellungen geopfert mit der Folge, dass nicht mehr das Volk als der Souverän eines demokratischen Staatswesens im Vordergrund steht, sondern eine „große Transformation“ angestrebt wird, die in hohem Maße nicht mehr auf rechtlichen, sondern auf moralischen Grundsätzen basiert. Zum anderen propagiert und praktiziert die grün dominierte Regierung einen radikalen Dekonstruktivismus, der sich immer deutlicher nicht nur von

dem Denken der Aufklärung, sondern sich zunehmend auch von Sprach- und Logikgesetzen abkoppelt. Folge ist das Stiften von Verwirrung und Schüren von Streit in der Bevölkerung mittels Instrumente des Demokratiemanagements, die von Rainer Mausfeld zutreffend als „Techniken zur Mentalvergiftung“ bezeichnet wurden: Wenn die Bürger aufgrund (unsinniger) politischer Ablenkungsmaßnahmen zunehmend mit sich selbst beschäftigt sind, verlieren sie den Blick für die wesentlichen Themen. Gebündelter Widerstand des Volkes wird dadurch ausgeschlossen, wobei das Volk gemäß des „One Word“-Ansatzes durch eine ungesteuerte Massenzuwanderung zusätzlich an Identität verliert und sich in unterschiedliche Sprach-, Religions- und Kulturgemeinschaften untergliedert. Im Zusammenspiel mit einer immer weiter verkümmerten Schulpolitik verdummen (und verstummen) auf diese Weise auch die letzten (zukünftigen) aufgeklärten Kritiker, was zu dem kontinuierlich zu verzeichnenden Absinken des Bildungs- und allgemeinen Reifenniveaus in der Gesellschaft führt, was der Regierung zusätzlich in die Hände spielt. Statt die zentralen Probleme in diesem Land, für die sich aufgrund obiger Politik zunehmend ohnehin immer weniger Bürger interessieren bzw. diese verstehen, rational zu thematisieren und im Rahmen eines offenen geistigen Austauschs der besten Lösung zuzuführen, werden diese nicht nur unterdrückt und verschwiegen (gecancelt), sondern sollen mittels sprachlicher Neudefinition letztlich gänzlich aus den Köpfen der Menschen verschwinden. Aktuelle Beispiele hierfür gibt es genug:

Aus einer auf Nächstenliebe und Bedürftigkeit ausgerichteten Asylpolitik ist eine ungesteuerte Massenzuwanderung kulturfremder Wirtschaftsflüchtlinge geworden, die nicht nur geltendes (Verfassungs-)Recht strukturell bricht, sondern auch die finanziellen, räumlichen und sozialen Kapazitäten dieses Landes im Begriff ist unwiderruflich zu sprengen. Es wurden Narrative wie „Fachkräftezuwanderung“ und „demographischer Wandel“ erfunden, um damit den durch sämtliche offizielle Statistiken nachgewiesenen Umstand zu verdrängen, dass ein Großteil der Immigranten auch nach zahlreichen Jahren weder in der Gesellschaft noch in (sozialversicherungspflichtigen) Beschäftigungsverhältnissen angekommen ist. Auf die tatsächlichen Erfolge, Misserfolge oder auch nur – wertfrei – die Ergebnisse dieser der Bevölkerung verkauften Einwanderungspolitik kommt es dabei nicht mehr an, auch sieht die Regierung keinen Grund, ihre Haltung trotz ihres offenkundigen Irrtums gegenüber

der Bevölkerung zu rechtfertigen oder diese gar zu korrigieren. Man hält schlicht an der vorbehaltlos positiv konnotierten „bunten“ Zuwanderungsgesellschaft fest und weigert sich anzuerkennen, dass und man weder einen Fachkräftemangel noch demographische Probleme einer überalternden Bevölkerung durch eine als alternativlos ausgegebene Zuwanderung von immer mehr Leistungsempfängern wird lösen können. Den – immer weniger werdenden – aufgeklärten Bürgern ist vor diesem Hintergrund einfach nicht mehr verständlich zu machen, wenn nach den Zuwanderungsströmen Hunderttausender Migranten in den letzten Jahren etwa an den Flughäfen Kofferträger fehlen, und den Politikern unisono kein anderer Lösungsvorschlag als die verstärkte Anwerbung weiterer ausländischer „Fachkräfte“ einfällt.

Die von der Politik gewusst und gewollt betriebene Absurdität wird wohl in kaum einem anderen Bereich so sichtbar wie beim Thema Migration, wo es nicht nur in Bezug auf Staaten, sondern auch im Hinblick auf die immer weiter zunehmende Diskrepanz zwischen dem orwellschen Neusprech der Politiker und den tagtäglichen Erfahrungen und Eindrücken der Bevölkerung keine Grenzen mehr zu geben scheint. Kritische Einzelmeldungen werden stereotyp als „rechts“ diffamiert und zur Verhinderung eines gesamtgesellschaftlichen Diskurses werden mit Millionenbeträgen Kampagnen wie der „Kampf gegen rechts“ ins Leben gerufen, die von der amtierenden Bundesinnenministerin Nancy Faeser medienwirksam und unter Berufung auf den Verfassungsschutzbericht mit der Begründung vorgestellt werden, wonach rechtes Gedankengut die größte extremistische Bedrohung für die Demokratie darstellt – wohl wissend, dass in dem von ihr zitierten Verfassungsschutzbericht linksextremistische Taten mit 34.700 Fällen noch vor der Zahl der rechtsextremistischen Taten mit 33.900 Fällen liegen.

Aber auch die für Wirtschaft und Gesellschaft im Grundsatz wichtige Umweltpolitik ist aufgrund der dominierenden links-totalitären Ideologie zum Steigbügelhalter einer von den Grünen gewollten Deindustrialisierung verkommen. Im Einklang mit von der von ihnen herbeigesehnten Gängelung der Gesellschaft hin zur Durchnormierung praktisch sämtlicher Lebensbereiche mutierte sie zu einer Wirtschaftsform, die an sozialistische Systeme erinnert und sich von dem bislang gewohnten und bewährten Prinzip des (technik-)offenen und sorgfältigen Abwägens komplett verabschiedet hat. Wenn es um die Rettung des Planeten geht, bleibt für die Demokratie keine Zeit mehr – so die aus der

Milliardärsfamilie Reemtsma stammende Luisa Neubauer, die ihr medienwirksames Gesicht glücklich von der dezidiert demokratieverachtenden und das Recht strukturell brechenden Klimasekte Fridays for Future missbrauchen lässt. Der in Summe richtige und wichtige Schutz von Natur und Umwelt artete so in einen hysterischen Klimawahnsinn aus, in dem wohlstandsverwöhnte Knaben und Mädchen ohne jedwedes Fachwissen oder Lebenserfahrung zu den tonangebenden Akteuren in Wirtschaft und Gesellschaft geworden sind, die auf populistisch agierende Politiker – mittlerweile oftmals ebenso ohne Bildung und Ausbildung – treffen, die eifrig über jedes noch so absurde Stöckchen springen, das ihnen hingehalten wird. Im kollusiven Zusammenwirken werden in moralisch überheblicher Art und Weise Energielücken in Kauf genommen und Black-Out-Gefahren produziert, die außer einer Schwächung der inländischen Wirtschaft und der Verunsicherung von Privathaushalten nichts bewirken, insbesondere keine vorteilhaften Effekte für die globale Umwelt aufweisen. Die im Inland vergleichsweise sauber produzierte Energie, welche aus vermeintlich umweltpolitischen Gründen abgeschaltet wird, wird durch vergleichsweise schmutzig hergestellten Kohlestrom aus Polen oder verpönten Atomstrom aus Frankreich kompensiert. Im Inland verfügbare Gasreserven werden nicht gefördert, sondern mittels riesiger, dieselbetriebener Transportschiffe aus den USA über den halben Globus für teures Geld gekauft oder aus arabischen Staaten mit zweifelhaften Demokratievorstellungen importiert, wofür sich der offiziell das Amt des Bundeswirtschaftsministers innehabende Robert Habeck von den Medien als grüner Heilsbringer feiern ließ.

Darüber hinaus wurde eine die Gesundheit der Bevölkerung achtende und schützende Politik zu einem menschenverachtenden Regime umgebaut, das ungeachtet medizinischer Bedenken und individueller Freiheitsrechte eine übergreifende Menschheitsbetreuung selbst gegen den Willen hiervon Betroffener erzwingt. In vormals nicht vorstellbarere Art und Weise konnten in der Bundesrepublik Deutschland Menschen, die die Corona-Politik der Regierung nicht vorbehaltlos unterstützt haben, bewusst diffamiert und gewollt ins gesellschaftliche Abseits drängt werden (*„Ihr seid jetzt raus aus dem gesellschaftlichen Leben“*, Tobias Hans, (CDU), saarländischer Ministerpräsident im Dezember 2021 bei Maybrit Illner oder Nikolaus Blome, Journalist, Ressortleiter Politik und Gesellschaft bei RTL und n-tv sowie Kolumnist bei Spiegel

Online: „Möge die gesamte Republik mit dem Finger auf sie zeigen“). Selbst nachdem im Rahmen einer Anhörung einer hohen Pfizer-Managerin vor dem Europäischen Parlament öffentlich bekannt wurde, dass die Corona-Impfung noch nicht einmal darauf getestet wurde, die Übertragung des Corona-Virus zu verhindern – was seinerzeit noch einhellig als üble Verschwörungstheorie gebrandmarkt wurde – und damit sämtliche in der Vergangenheit getroffenen, bis aufs Schärfste verteidigten 3-G, 2-G und 1-G-Regelungen jedweder medizinischen und juristischen Grundlage enthoben wurde, hielten und halten die großer Mehrzahl führender Politiker unverändert an ihrer damals vertretenen Sichtweise fest. Schwerwiegendste, dauerhafte Grundrechtseingriffe bleiben also trotz nachgewiesener offensichtlicher Rechtswidrigkeit ohne Folgen - und Politik, Medien und Gesellschaft schweigen. Von dem Staats- und Verfassungsrechtlers Ernst-Wolfgang Böckenförde, stammt das warnende Diktum, wonach *„der freiheitliche, säkularisierte Staat ... von Voraussetzungen (lebt), die er selbst nicht garantieren kann“*. Die Frage, welches Mindestmaß an objektiver Rechtmäßigkeit bei staatlichen Institutionen bzw. an subjektivem Rechtsbewusstsein in der Bevölkerung eigentlich noch vorhanden sein muss, um überhaupt noch von einem funktionalen Verfassungsstaat sprechen zu können, drängt sich daher mehr denn je auf – aber niemanden scheint es mehr zu interessieren.

Letztes Beispiel mit enormer gesellschaftlicher Sprengkraft ist der mit totalitärer Vehemenz geführte Kampf um eine „geschlechtergerechte“ Sprache und der – damit verbundenen – immer weiter gehenden Sexualisierung der Gesellschaft. Eine auf Sensibilität und Vermeidung von Diskriminierung angelegte Sprache wurde mit Unterstützung des politischen und medialen Mainstreams von Gender-Talibanen gekapert, die Vertreter einer verständlichen und vernunftorientierten Sprache mit fadenscheinigen Unterstellungen mit Hass und Vorurteilen überziehen sehen und jeden, der sich dem Genderstern verweigert, als rechten Hetzer diffamiert, dem man kein rationales Argument mehr für seine Position belassen darf. Aufgeklärte Bürger, die sich gegen die von der Bevölkerung mehrheitlich abgelehnte und als von politischen Ideologen als aufgezwungen empfundene „Gender-Sprache“ wenden, geht es dabei gerade nicht darum, Personen des anderen Geschlechts unter Zuhilfenahme der herkömmlichen Schreib- und Sprechregeln diskriminieren zu können. Vielmehr stellen Sie sich gegen die Behauptung, dass von diesen

überhaupt eine diskriminierende Wirkung ausgeht, was aggressive Gender-Befürworter aber nicht davon abhält, ihnen eben dies vorzuwerfen. Der Absurdität in dieser Debatte wird die Spitze dadurch aufgesetzt, dass gerade das Gendern zu einer ausgeprägten Sexualisierung der Sprache in dem Sinne führt, dass durch sie die Geschlechterdifferenzen permanent betont wird. Indem das Gendern also sexistisch ist, wird das zu seiner Rechtfertigung angeführte, wichtigste Ziel – die Geschlechtergerechtigkeit – eben durch das Gendern konterkariert, weshalb man die Gendersprache nicht nur als misslungen, sondern auch als dysfunktional bezeichnen muss.

In einer aufgeklärten und demokratischen Gesellschaft, die sich von einer derart gewaltigen und unfähigen Macht beherrscht sieht, könnte man legitimerweise verlangen, dass die Elite wenigstens ansatzweise gesellschaftlich anerkannte Tugenden wie Selbstbeherrschung, Uneigennützigkeit und vielleicht sogar etwas Demut bei ihren Handlungen beachtet. Auch hätte man vermutet, dass in einer Zeit, die derart stark von Wissenschaftlern und Technologen beeinflusst wird, die herrschende politische Elite bestrebt ist, für eine ausgewogene Auswahl ihrer Berater zu achten und mit besonderer Sensibilität und Transparenz ihre Entscheidungen trifft, die insbesondere auch die Interessen derer berücksichtigen, die unter den Beschlüssen am meisten zu leiden haben. Stattdessen hat die führende Politikerkaste in dem vollen Bewusstsein, die mediale Elite uneingeschränkt auf ihrer Seite zu haben, den radikalsten Weg des Primitivismus eingeschlagen, indem sie stumpfe Narrative als alternativlos verbreiten lässt, die keinen auch noch so rationalen Widerspruch dulden oder sich auch nur ansatzweise mit den Gegenargumenten befassen würden:

Ausnahmslos jeder Bürger, der auch nur die geringsten Zweifel an der Wirksamkeit bzw. Verhältnismäßigkeit der Corona-Politik äußerte, wurde als „Covidiot“, „Schwurbler“ oder gar „Corona-Leugner“ diskreditiert – eine Bezeichnung, die in bewusster Anlehnung an „Holocaust-Leugner“ besonders makaber anmutet und die, wäre sie von politisch rechts Stehenden verwendet worden, zu einem medialen Skandal erster Klasse hochstilisiert worden wäre. Die bewusste Ausgrenzung von Andersdenkenden wurde so zur Staatsräson erhoben – sofern man nur auf der „richtigen“ Seite stand. Werden Klimaschutzmaßnahmen als übertrieben, widersprüchlich oder wissenschaftlich nicht haltbar kritisiert –

wie die von Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck nachweislich manipulierte Untersuchung zu den Möglichkeiten einer Verlängerung der Atomkraftwerke – ist man ein „Klimaleugner“. Und wer unter Berufung auf geltendes Verfassungsrecht eine kontrollierte Migration nach Deutschland mit wenigstens gewissenhafter Identitätsprüfung fordert, wird stereotyp als „rechter“ Verfassungsfeind gebrandmarkt. Egal welches politische oder gesellschaftliche Themenfeld man exemplarisch anführt, zeigt sich stets dasselbe bedauerliche, aber eindeutige Bild: Irrtümer und Fehler der von der Regierung beschlossenen Maßnahmen und Beschlüsse steigern lediglich deren Entschlossenheit, den zur Lösung jeweils eingeschlagenen Weg weiterzuverfolgen – ohne Rücksicht auf die Realität, Rationalität oder die Interessen der Allgemeinheit.

Der politischen Elite scheint es nicht mehr in den Sinn zu kommen, dass Bürger mit einer von der Regierung abweichenden Meinung regelmäßig keine Schwurbler, Leugner, oder Rechte sind – denen in einer Demokratie übrigens ebenso ein verfassungsmäßiges Recht auf freie Meinung und Schutz vor Ausgrenzung zukommt – sondern es sich regelmäßig schlicht um besorgte Menschen handelt, denen die immer maßloser auf pure Ideologie basierende Politik links-gründer Politiker Angst bereitet: So ist nicht jeder die derzeitigen Auswüchse der LGBTQ-Politik kritisierende Bürger homophob und transfeindlich, sondern sorgt sich etwa nur um den vorbehaltlosen Einsatz starker Hormon- und Pubertätsblocker bei Kindern und Heranwachsenden und die bei ihnen dadurch eintretenden, irreversiblen gesundheitlichen Folgen. Nicht jeder die Klimapolitik zunehmend in Frage stellende Bürger leugnet einen menschengemachten Einfluss auf das Klima, moniert aber die teilweise abstrusen Handlungen der Regierung und sorgt sich um vermeidbare wirtschaftliche Folgen wie die sich immer stärker abzeichnenden, massiven Wohlstandsverluste in Form von Insolvenzen, Arbeitslosigkeit und nicht mehr bezahlbarer Energiepreise. Und nicht jeder die uferlose Migrationspolitik kritisierende Bürger ist ein rechter Hetzer, sondern stellt sich die durch Politik und Medien bewusst unterdrückte Frage, welche finanziellen, gesellschaftlichen und kulturellen Auswirkungen ein ungehinderter Massenzug zumeist ausländischer Männer mit einem oftmals völlig fremden ethnischen Hintergrund, einer regelmäßig geringen Ausbildung, einer nicht selten demokratiefernen Grundeinstellung sowie einer schlimmstenfalls nicht unerheblichen Gewalterfahrung

hat.

Die Bevölkerung hat in den vergangenen Jahren miterleben dürfen, wie menschen- und gesellschaftsfeindlich die Lebenswelt werden kann, wenn bislang nicht hinterfragte persönliche Selbstverständlichkeiten wie das Recht auf eine ungehinderte und eigenverantwortliche Persönlichkeitsentfaltung, eine individuelle Selbstbestimmung des eigenen Lebens, eine ausgewogene Berichterstattung und das freie Bilden und Äußern einer Meinung, aber auch grundlegende staatliche Dienstleistungen wie innere Sicherheit, ein belastbares Krankensystem, geschützte Außengrenzen und eine gesicherte Energieversorgung von Politikern dezimiert werden, denen zentrale Einsichten in das Funktionen sozialer und wirtschaftlicher Abläufe fehlen bzw. diese zugunsten höhere moralischer Ziele bewusst einschränken und eine offene Diskussion über diese Themen tunlichst vermeiden wollen.

Weshalb der links-grün dominierte Zeitgeist den Diskurs über derartige Fragen im Keim erstickt, liegt auf der Hand: Wer weder über eine gestandene Persönlichkeit noch über überzeugende Argumente verfügt, ist die vom Inhalt losgelöste, auf die Person der anderen zielende Diffamierung nicht nur das wohl erfolgreichste, sondern wohl auch das einzige Mittel. Für eine demokratische Gesellschaft ist dies hochproblematisch. Denn durch die antrainierte Empörungskultur links-grüner-Lobbyisten, die mit Unterstützung der Mainstream-Medien auf Knopfdruck emotional hocheskalierte Konflikte herbeiführen können, nehmen diese in der Gesellschaft einen Raum ein, der nicht nur in keinem angemessenen Verhältnis zu der Bedeutung des Themas steht, sondern ihn derart mit Belanglosigkeiten füllt, dass für die eigentlich relevanten Bereiche kein Platz mehr verbleibt.

Die politische und mediale Elite ist dem irrtümlichen Glauben verfallen, dass Deutschlands größte Gefahr rechte Populisten, Corona- und Klima-Leugner sowie Putinverstehher sind, die im Namen höherer moralischer Normen einseitig bekämpft gehören und aus der Gesellschaft auszustoßen sind. Was sie dabei aber übersehen bzw. bewusst übersehen wollen, ist die Tatsache, dass es sich bei den von ihnen ausgerufenen Kämpfen eben jener Mittel bedienen, die sie zu bekämpfen vorgeben: Einen moralisch überhöhten Absolutheitsanspruch, der immun ist gegen jedwedes inhaltliche Sachargument und jedes oppositionelle Denken als unsittlich brandmarkt, um abweichende Meinungen strukturell auszugrenzen.

Ähnlichkeiten mit (national-)sozialistischen Staaten, in denen subjektive Rechte der Bürger aus ideologischen Gründen zugunsten eines „Gemeinschaftsgedanken“ beseitigt bzw. immer stärker eingeschränkt werden – sei es die „NS-Volksgemeinschaft“ oder die „sozialistische Menschengemeinschaft“ werden immer deutlicher. Die durch den politischen Hegemon erzeugte Intoleranz gegenüber Andersdenkenden droht schleichend zu einer Etablierung totalitärer Zustände auszuarten, die durch die links-grüne Politikerkaste ohne Risiko weiter voran getrieben wird, da jedweder Hinweis darauf mit moralischer Überheblichkeit als rechte Hetze oder Verschwörungstheorie diffamiert und ein inhaltlicher Diskurs dadurch auf ein Leichtes unterdrückt bzw. sofort wieder aus der Welt geschaffen werden kann. Anders als in liberalen Verfassungsstaaten üblich werden auf diese Weise subjektivrechtlich geschützte Rechte unter Berufung auf eine staatlich verordnete Gemeinschaftsideologie und bewusster Verkenning des neutral formulierten, objektiven Verfassungsrechts rechtlich und faktisch immer weiter eingeschränkt. „Rechts wird man nicht, wenn man den Rechten zuhört, sondern wenn man den Linken zuhört“ (Nicolás Gómez Dávila). Rot und grün ergibt braun – der aus der Farbenlehre bekannte Umstand sollte auch in politischer Hinsicht erkannt und als Warnung immer wieder kommuniziert werden. Solange es die Ideologie der politisch-medialen Eliten in diesem Land noch zulässt.

Quellen und Anmerkungen

Der Autor ist Rechtsanwalt und Publizist. Er publiziert laufend zu aktuellen rechtlichen und politischen Themen.

Mehr Infos zum Autor: www.andrekruschke.de

+++

Wir danken dem Autor für das Recht zur Veröffentlichung des Beitrags.

+++

Bildquelle: [rawf8](#) / shutterstock